

Kampf um jeden Arbeitsplatz:

wie weiter?

Fast 3000 Teilnehmer am 3. Februar – das war ein wichtiger Erfolg der ersten Demonstration der Qimonda-Kollegen. Sie erhielten Unterstützung von ihren Familien, durch viele Belegschaften und Montagsdemonstrationen aus Sachsen und Thüringen, Gewerkschaften und Parteien.

Unübersehbar war allerdings auch, dass es **zwei Wege im Kampf um jeden Arbeitsplatz** gibt:

Der **eine Weg** weckt Hoffnungen auf **vermeintliche „Arbeitsplatzretter“** in Politik und Wirtschaft, **auf Subventionen und Konkurrenz der Standorte**. Die Qimonda-Belegschaft wird vor den Karren eines gnadenlosen Verdrängungskampfs gespannt, in dem sie – zugunsten der Profite – mit anderen Belegschaften weltweit konkurrieren sollen! Der Ruf nach **staatlichen Subventionen fördert** Illusionen, soll manche Wut dämpfen und die Belegschaft zum Abwarten bewegen. Dieser Weg hat aber schon andere in die Sackgasse geführt. So wurde **Nokia** in Bochum geschlossen, während die Produktion weiterlief und die Gewinne sprudelten. Leider traten fast alle offiziellen Redner am 3. Februar für diese Richtung und staatliche Subventionen ein. Besonders ist die Partei **Die Linke** in diesem Sinne aktiv. Ihre Fahne wehte in der ersten

Reihe der Demonstration und ihre Europa-Parlamentarier haben sich an die Bundesregierung gewandt mit einem entsprechenden Appell nach mehr Subventionen.

Die Wahrheit über Subventionen

Beispiel 1: **Der Bergbau**. 35 Milliarden DM erhielt der RAG-Konzern zwischen 1969 und 2000. Er stieg zu einem internationalen Monopol auf. Die Zahl der Bergleute sank von 500.000 auf heute etwa 30.000. Fazit: Staatszuschüsse subventionierten die massenhafte Arbeitsplatzvernichtung!

Beispiel 2: **Die Landwirtschaft**. 552.559 Millionen Ecu (Verrechnungseinheit vor dem €) betrug die EU-Agrarsubventionen in den 1990er Jahren. In dieser Zeit verschwanden in Deutschland die Klein- und Mittelbauern vollständig. Die Großagrarien gewannen weltweit Exportanteile wie nie zuvor. Fazit: EU-Gelder finanzierten das europaweite Bauernlegen!

Beispiel 3: Das Land Nordrhein-Westfalen subventionierte die Errichtung des **NOKIA**-Werkes mit 60 Millionen €. Das Werk ist geschlossen, die Subventionen wurden nicht zurückgezahlt und im Dezember 2008 wurden die ersten Leiharbeiter im neuen Werk in Rumänien entlassen. Fazit: Indu-

striessubventionen finanzieren kurzfristige Gewinne und vernichten Arbeitsplätze!

Es ist durchaus möglich, dass ein kleiner Teil des Dresdner Standortes weiter gefahren wird – solange er Profit ver-

der Profite zieht vor allem Lehren aus den vorangegangenen wichtigen Kämpfen der Arbeiter in Deutschland und weltweit. Er hat Aussicht auf Erfolg, weil er auf die **eigene Kraft vertraut** und die Ver-



spricht. Dafür könnte es auch staatliche Subventionen geben.

Aber soll sich die Belegschaft damit zufrieden geben? Kann man zustimmen, dass von fünf Kollegen vier in die Arbeitslosigkeit entlassen werden? Und sollen wir uns – wie das leider auch der Aufruf zur Demonstration am Mittwoch anlegt – in Konkurrenz treiben lassen zu den Belegschaften, die in Asien für die Halbleiter-Konzerne schufte? Sollen wir uns am „Technologie- und Halbleiterstandort Europa“ freuen, wenn die Kollegen in Richmond/USA ihre Jobs verlieren?! **Ist es nicht Zeit, dass die Belegschaft jetzt das Heft in die Hand nimmt?** Dazu ist es wichtig, die Erfahrungen **offen zu diskutieren**. Der **zweite Weg, der des entschlossenen Kampfs um jeden Arbeitsplatz auf Kosten**

ursacher der Krise ins Visier nimmt: Siemens, Qimonda und Infineon haben sich an der Ausbeutung der Belegschaft gesund gestoßen und sich munter am weltweiten Konkurrenzkampf beteiligt! Die Arbeitsplätze müssen zu Lasten ihres Profits erhalten bleiben. Und – sie können durch einen Streik in der Produktion dazu gezwungen werden, allerdings nur solange diese noch läuft! Das ist die Lehre aus dem Streik bei **Opel 2004**. Die Entscheidung für einen solchen Kampf will gut überlegt sein und braucht Voraussetzungen. Die gewerkschaftliche Organisation im Werk muss dafür unbedingt gestärkt werden, es braucht Kollegen, die die Sache durchdenken und in die Hand nehmen und auch die Zusammenarbeit der Belegschaften will bundesweit und

Fortsetzung auf Seite 2

